

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Schwerpunktt Themen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments Straßburg, Februar 2011

Ungarisches Mediengesetz

Erklärung der Kommission

mit Resolution

Debatte am Mittwoch, 16.02.

Abstimmung am Donnerstag,
17.02.

Helga Trüpel MdEP

Büro +33 3 881 75140

Hintergrund:

Ungarn hat einer Überarbeitung der von der EU-Kommission im Mediengesetz beanstandeten Punkte zugestimmt, Details bleiben aber unklar. Bedenklich: Die Kommission ignoriert entscheidende Punkte. So fehlt im ungarischen Mediengesetz ein Verweis auf die EU-Richtlinie zu Audiovisuellen Mediendiensten, das Herkunftslandprinzip und Zulassungsbestimmungen.

Grüne Position:

Die EU-Kommission hinterfragt weder die unverhältnismäßigen Sanktionen, noch den fehlenden Schutz journalistischer Quellen. Daher fordert die Grüne Resolution, Ungarn zu drängen, die Haftungsregelung der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr einzuhalten und die Rahmenbeschlüsse zur Bekämpfung bestimmter Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit umzusetzen. Bei Gesetzesinitiativen mit Bezug zur Medienfreiheit, müssen Opposition und Zivilgesellschaft einbezogen werden. Eine Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Medienrates und die Garantie des Medienpluralismus können nicht warten. Folgt Ungarn nicht den europäischen Forderungen, muss ein Vertragsverletzungsverfahren beginnen. Vor Jahresende muss die Kommission einen Vorschlag für EU-Rechtsvorschriften über die Freiheit der Medien und des Pluralismus vorlegen. Und auch der Rat muss sicherstellen, dass demokratische Werte in der EU respektiert werden. Nur dann können Drittstaaten wie China und Iran bei diesen Prinzipien glaubhaft kritisiert werden.

Situation in Ägypten

Erklärung von Catherine
Ashton, Hohe Vertreterin für
Außen- und
Sicherheitspolitik und
Vizepräsidentin der EU-
Kommission

mit Resolution

Hintergrund: Die Massenproteste in Ägypten sind Gegenstand einer Resolution des Europäischen Parlaments. Aktuell wird zwischen den Fraktionen noch über einen möglichen gemeinsamen Entwurf verhandelt.

Grüne Position: Die Fraktion Die Grünen/EFA verlangt in ihrem Resolutionsentwurf, dass sich die Europäische Union die Forderung nach einem Rücktritt des ägyptischen Präsidenten Mubarak zu Eigen macht. Sein Rückzug würde den Weg frei machen für die Bildung einer Übergangsregierung aller demokratischen Kräfte. Der Transformationsprozess sollte die Aufhebung des Notstands, die

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Debatte im Plenum am
Mittwoch, 16.02

Abstimmung am
Donnerstag, 17.02.

Franziska Brantner MdEP
Büro +33 3 881 75354

Freilassung aller politischen Gefangenen, Verfassungsreformen sowie die Vorbereitung freier und fairer Wahlen beinhalten. Die EU muss den demokratischen Wandel aktiv unterstützen, insbesondere auch durch die Förderung der Rechte der Frau. Zudem wird der EU-Rat aufgefordert, wie im Falle von Tunesien, das Vermögen von Personen einzufrieren, die Gelder veruntreut haben. Die Grünen fordern in ihrem Resolutionsentwurf zudem eine grundlegende Überarbeitung der europäischen Nachbarschaftspolitik und der außenpolitischen Finanzinstrumente. Diese müssten stärker auf die Förderung von Demokratie, der Grundfreiheiten und der Korruptionsbekämpfung ausgerichtet sein.

Emissionsnormen für leichte Nutzfahrzeuge

Bericht Martin Callanan (EKR,
VK) "Emissionsnormen für neue
leichte Nutzfahrzeuge"

ordentliche Gesetzgebung, 1.
Lesung

Debatte am Dienstag, 15.02., ab
9 Uhr

Abstimmung am Mittwoch

Rebecca Harms MdEP
+33 3 881 75695

Hintergrund: Die bestehende Verordnung zur Regulierung von CO₂-Emissionen bei Automobilen wird nun um Emissionsnormen für leichte Nutzfahrzeuge ergänzt. Die Verordnung schließt eine Gesetzeslücke zwischen großen Autos (SUVs) und kleinen Nutzfahrzeugen und ist eine wichtige Maßnahme zur Erreichung der Klima- und Effizienzziele, die sich die Europäische Union bis 2020 gesetzt hat.

Grüne Position: Aus Grüner Sicht ist der nun zur Abstimmung stehende Kompromiss zwischen Parlament und Rat ein weiterer Schritt zur Verfehlung der europäischen Klimaziele. Bereits der Vorschlag der Kommission war nicht ambitioniert genug, doch durch den Druck der Herstellerländer (insbesondere Deutschlands) wird dieser noch in wichtigen Bereichen erheblich abgeschwächt. So wurde das Emissionsziel für das Jahr 2020 von 135g CO₂/km auf 147 g erhöht, die Einführung des Emissionsziels von 175 g um ein Jahr nach hinten geschoben und die Strafzahlungen für das Verfehlen des Ziels werden reduziert. Die Grünen werden deshalb im Plenum gegen den Callanan-Bericht stimmen.

Europäische Pensionsysteme

Bericht *Ria Oomen-Ruijten*
(EVP, Niederlande)

"Angemessene, nachhaltige
und sichere europäische
Pensions- und
Rentensysteme"

Hintergrund: Am Mittwoch stimmt das Europäische Parlament über seine Position zum Grünbuch "Renten" der EU-Kommission ab. Auch wenn Renten unter nationale Kompetenz fallen, wird durch die makroökonomischen Vorgaben der Druck auf die Rentensysteme der Mitgliedsstaaten immer größer. Das hat zuletzt auch das Merkel-Papier zum Wettbewerbspakt gezeigt. Ohne sich zu einem offiziellen Renteneintrittsalter zu äußern, fordert der Oomen-Ruijten-Bericht die Mitgliedsstaaten auf, angemessene und nachhaltige Renten sicherzustellen.

Grüne Position: Wir unterstützen, dass der Bericht sich klar für eine

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Debatte im Plenum am
Dienstag, 15.02

Abstimmung am Mittwoch,
16.02.

Elisabeth Schroedter MdEP

Büro +33 3 881 75234

gesetzliche Altersvorsorge, die auch in Krisenzeiten eine angemessene Rente für alle sicherstellen soll, ausspricht. Makroökonomische Maßnahmen dürfen das nicht infrage stellen. Wir Grüne wollen die Veränderung von Steuersystemen in den Mitgliedstaaten, so dass ein über zehn Jahre fließender Übergang zwischen Rente und Berufsleben ermöglicht wird. Denn die Realität ist: Gesetzliches und tatsächliches Rentenalter klaffen weit auseinander. Entscheidend in der Debatte um die Nachhaltigkeit der Renten ist außerdem, dass wir die zunehmende Diskriminierung von älteren Menschen auf dem europäischen Arbeitsmarkt nicht zulassen. Für Menschen über 50 sinken die Chancen, weiter zu arbeiten oder eine neue Stelle zu bekommen massiv. Rechte von mobilen Arbeitnehmern und die Lebensläufe von Frauen müssen dabei besonders berücksichtigt werden.

EU-Beitritt Kroatien: Fortschrittsbericht 2010

Erklärungen von Kommission
und Rat zum Fortschrittsbericht
2010 über Kroatien

mit Resolution

Debatte am Mittwoch, 16.02.

Abstimmung am Donnerstag,
17.02.

Franziska Brantner MdEP

Büro +33 3 881 75354

Hintergrund: Dem Fortschrittbericht zu Kroatien kommt eine besondere Aufmerksamkeit zu, da er der letzte vor Unterzeichnung des Beitrittsvertrags sein könnte. Der Entschließungsantrag des Parlaments äußert die Hoffnung, dass die Verhandlungen bis Mitte des Jahres abgeschlossen werden können, sofern Kroatien bis dahin alle Beitrittskriterien erfüllt. Die Abgeordneten weisen in ihrem Entwurf auf noch bestehende Probleme insbesondere in den Bereichen Justiz- und Verwaltungsreform, Korruptionsbekämpfung, Minderheitenschutz, regionale Kooperation und Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag hin.

Grüne Position: Mit diesem ausgewogenen Bericht gibt das Parlament ein wichtiges Signal der Unterstützung an Kroatien. Gleichzeitig macht der Bericht klar, wo noch Handlungsbedarf besteht. Die Grünen bestehen darauf, dass Kroatien alle Kriterien erfüllen muss, bevor die Verhandlungen abgeschlossen werden können – insbesondere im Bereich der Justiz und Korruptionsbekämpfung. Enttäuschend ist, dass es der Auswärtige Ausschuss ablehnte, die gravierenden Mängel bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen durch die kroatische Justiz anzusprechen. Die Grünen werden daher im Plenum einen Antrag einbringen, der die kroatische Regierung zu konkretem Handeln auffordert. Bereits auf Ausschussebene erfolgreich waren die Grünen mit ihren Initiativen zur stärkeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Beitrittsprozess, zum besseren Minderheitenschutz, insbesondere von Schwulen und Lesben, und zur Lösung bilateraler Konflikte.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Steigende Lebensmittelpreise

Erklärungen von Kommission und Rat

mit Resolution

Debatte am Mittwoch, 16.02.

Abstimmung am Donnerstag,
17.02.

Martin Häusling MdEP

Büro +33 3 881 75820

Hintergrund: Die weltweit steigenden Lebensmittelpreise haben dramatische Auswirkungen, insbesondere auf die Armen dieser Welt. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Klimawandel, Wetterkatastrophen, weltweiter Bevölkerungszuwachs - und besonders der Anstieg der Mineralölpreise. Die Spekulationen institutioneller Anleger, die in Rohstoffmärkte investieren, nehmen zu und haben besonders bei der Lebensmittelpreis-Krise 2008 eine Rolle gespielt. Spekulationen auf den Rohstoffmärkten waren 2003 noch bei ca. 13 Mrd. Euro, 2008 bereits etwa 205 Mrd. Euro. Darüber hinaus werden ca. 40 % der weltweit produzierten Lebensmittel entlang der Produktionskette entsorgt.

Grüne Position: Wir fordern ein Ende der Lebensmittelverschwendung sowie der von Weltbank, IWF und WTO forcierten Handelsliberalisierung, die zu einem Zusammenbruch des Binnenmarkts und einer Ausrichtung der Landwirte in weniger entwickelten Ländern auf den Export geführt hat. Die Grünen fordern die EU-Kommission auf, die industrialisierte Landwirtschaft zu unterbinden, den Weg für eine nachhaltige, regional wirtschaftende Landwirtschaft zu ebnen sowie Spekulationen mit Rohstoffen zu beenden. Wir brauchen eine weltweit agierende Regulierungsbehörde, die Monopolstrukturen durchbricht und Markttransparenz gewährleistet.

EU 2020

Erklärungen Kommission und Rat

mit Resolution

Debatte und Abstimmung am
Mittwoch, 16.02.

Helmut Weixler

Pressesprecher
+32 475 67 13 40

Paul Maximilian Alex

Presse Europagruppe GRÜNE
+32 495 40 23 28

Hintergrund: Ein Jahr nach der Verabschiedung der EU 2020 Strategie zieht das Europäische Parlament erstmals ein Zwischenfazit über die bisherige Implementierung der Maßnahmen zum Erreichen der damals festgesetzten Ziele. Dieses erste Jahr stand insbesondere unter den besonderen Umständen der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Grüne Position: Die Grünen kritisieren, dass noch immer in vielen Feldern die Maßnahmen zur Erreichung der EU 2020 Ziele zu unbestimmt und unambitioniert sind. Auch fehlt noch immer ein verbindlicher Ansatz, wie die sieben Flaggschiffinitiativen der EU 2020 Strategie mit dem ersten Europäischen Semester verbindlich in Einklang gebracht werden. Derzeit wird mit den anderen Fraktionen über einen möglichen gemeinsamen Kompromissantrag verhandelt.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Freihandelsabkommen EU-Südkorea

Bericht Robert Sturdy (EKR,
VK)

Verfahren der Zustimmung

Debatte am Mittwoch, 16.02.

Abstimmung am Donnerstag

Reinhard Bütikofer MdEP
+33 3 881 75816

Hintergrund: Mit dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Korea ist die Gemeinschaft auf dem Weg, den umfassendsten Handelsvertrag ihrer Geschichte abzuschließen. Leider ist das Abkommen auch ein Zeichen dafür, dass die EU in Sachen Industriepolitik noch nicht auf der Höhe ist.

Grüne Position: Das Abkommen geht über die Abschaffung von Zöllen weit hinaus. Es macht dabei eine falsche Industriepolitik durch die Hintertür. Die Grünen kritisieren besonders, dass das Abkommen benutzt wurde, um eine Änderung der vergleichsweise strikten koreanischen Emissionsstandards zu erreichen. So wird der Export von europäischen Spritfressern ermöglicht. Darüber hinaus wurde in den Text ein Abschnitt zur Haftung von Internetanbietern in Fragen der Fälschung und Piraterie eingeschleust. Diese Frage ist auf Ebene der EU-Gesetzgebung aber noch umstritten und sollte nicht Teil eines bilateralen Abkommens der EU mit einem Drittstaat werden. Die Grünen werden gegen den Bericht stimmen.

Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr

Bericht Antonio Cancian (EVP,
IT)

ordentliche Gesetzgebung,
Abkommen in 3. Lesung

Debatte am Dienstag, 15.02., ab
9 Uhr

Michael Cramer MdEP
Büro +33 3 881 75779

Hintergrund: Nach einer Einigung im Vermittlungsausschuss zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat Ende des vergangenen Jahres, kommt die Richtlinie zu Fahrgastrechten im Busverkehr nun in die dritte parlamentarische Lesung. Eine Verabschiedung dieses aus Sicht der Fahrgäste sehr schlechten Kompromisses ist wahrscheinlich.

Grüne Position: Dem Verkehrsministerrat ist es mit seiner sturen Haltung weitgehend gelungen, effektives Recht für Buspassagiere in der EU zu untergraben. So kritisieren die Grünen, dass die entscheidenden Rechte überhaupt erst ab einer Entfernung von 250 Kilometern greifen. Leider nicht mehrheitsfähig war eine verbindliche Einführung der Beförderung von Personen mit eingeschränkter Mobilität und die Pflicht zur Bereitstellung umfassender Informationen an alle Fahrgäste. Problematisch ist auch das eingerichtete Schlupfloch für die Betreiber: Bei vage definierten "extremen Wettbedingungen" werden die Fahrgastrechte ausgesetzt. Ein lobenswertes Detail in einer schwachen Richtlinie ist die Einrichtung von Schlichtungsstellen.

Radioaktivität in Lebensmitteln

Hintergrund: Mit dem Belet-Bericht bietet sich für das Parlament die Gelegenheit, Einfluss auf die derzeitige Überarbeitung von drei Ratsverordnungen zu nehmen, die sich mit radioaktiven Grenzwerten

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Bericht Ivo Belet (EVP, Belgien) "Radioaktivität in Nahrungsmitteln und Futtermitteln"

Verfahren der Konsultation

Debatte im Plenum am Montag, 14.02.

Abstimmung am Dienstag, 15.02.

Rebecca Harms MdEP
Büro +33 3 881 75695

im Falle eines atomaren Unfalls beschäftigen. Den entscheidenden Streitpunkt stellen dabei die im Anhang festgelegten Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln dar, die noch aus den 1980er Jahren stammen.

Grüne Position: Die Grünen unterstützen zwar die Forderung des Parlaments, die Richtlinie auf die rechtliche Basis von Volksgesundheit und Verbraucherschutz zu stellen, auch um eine Mitbestimmung des Parlaments zu erreichen. Allerdings wenden wir uns eindeutig gegen die viel zu hoch festgelegten Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln. Obwohl sich das Parlament prinzipiell für eine Überarbeitung dieser Werte durch die Kommission ausgesprochen hat, stehen im Anhang des Dokuments weiter die veralteten Zahlen aus den 80ern. Die Grünen werden daher einen Änderungsantrag zur Entfernung des Anhangs einbringen. Bleiben die Werte stehen, werden wir im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung gegen den Bericht stimmen.

Mit den besten Grüßen,

Helmut Weixler

Pressesprecher
Fraktion Die Grünen/EFA
Mobil: +32 475-67 13 40
E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE
Mobil: +32 495 40 23 28
E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu